

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Die Erfahrung der KPÖ und der Elan von Jungen Grünen verbindet sich bei der Nationalratswahl 2017 zu KPÖ PLUS. Im Bild: Mitmach-Treffen in der M8.

Eine linke Alternative zur rechten Zeit

Die Dauerkrise der Regierung führte zu vorzeitigen Neuwahlen. Das wesentliche Ergebnis der rot-schwarzen Koalition ist, dass die FPÖ in der nächsten Regierung vertreten sein wird. Egal ob als schwarz-blaue oder rot-blaue Variante.

ÖVP und SPÖ haben nicht nur in der Asyl- und Sicherheitspolitik die Forderungen der FPÖ aufgegriffen und umgesetzt. Sobotka und Doskozil waren dabei die

Scharfmacher. Davon abgesehen wurde der unsoziale neoliberale Kurs verstärkt. Die linke Alternative gegen diese Politik ist **KPÖ PLUS**. Für soziale Gerechtigkeit und

politische Glaubwürdigkeit, für leistbares Wohnen und existenzsichernde Einkommen, für die Sicherung des Sozialstaates und des öffentlichen Eigentums.



Michael Schmida
HTL-Lehrer, Spitzenkandidat
von KPÖ PLUS im Wahlkreis 4A
Linz-Umgebung und auf dem
Landeswahlvorschlag Oberösterreich

Eine starke soziale Kraft

Österreich ist ein reiches Land, aber immer mehr Menschen fürchten sich vor der Zukunft.

Die Parlamentsparteien sprechen diese Ängste in ihren Wahlkampflogos an, aber wollen sie wirklich etwas verändern?

Was in Österreich fehlt, ist eine starke soziale Kraft, die über Wahlen hinauswirkt. Wir treten an, diese Lücke zu füllen. Dabei gehen wir dieses Mal gestärkt als **KPÖ PLUS** ins Rennen. Auf unserer offenen Liste finden sich

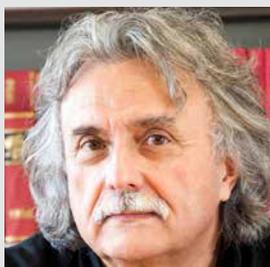
auch viele junge Kandidatinnen und Kandidaten.

Ob Jung oder Alt, wir wollen eine andere, bessere Zukunft. Eine Zukunft, in der niemand auf der Strecke bleibt. Nicht der Reichtum weniger, sondern das Wohl aller ist unser Ziel!

Sie stehlen uns die Zukunft. Wir holen sie uns zurück! Am 15. Oktober deshalb **KPÖ PLUS!**

Warum **KPÖ PLUS**?

Für die etablierte Politik gilt die Wahl von **KPÖ PLUS** als „verlorene Stimme“. Für sie ist nur die Wahl zwischen dem Neoliberalismus der Mitte und dem rechten Populismus zulässig. Dazu die Meinung einiger KandidatInnen.



Mirko Messner *KPÖ-Bundessprecher und bundesweiter Spitzenkandidat*

Schwarz und blau setzen auf einen autoritären Kurs. Sozialdemokratie und Grüne wollen den Kapitalismus lediglich modernisieren. **KPÖ PLUS** als linke Alternative zum rechten Zeitgeist stellt den Kapitalismus in Frage und will ihn überwinden.



Teresa Griesebner *Studentin, Landessprecherin der Jungen Grünen, Listenzweite in OÖ und im Wahlkreis Linz-Umgebung*

Ich bin davon überzeugt, dass eine grundlegend bessere Welt möglich ist. Diese Hoffnung haben die anderen Parteien längst aufgegeben. Mit **KPÖ PLUS** wollen wir gemeinsam mit vielen Menschen eine bessere Welt denkbar machen und erste Schritte dahin gehen, etwa mit leistbarem und gutem Wohnen für alle.



Erich Klinger *Radiomacher bei Radio FRO und unabhängiger Linker*

KPÖ PLUS setzt sich für menschenwürdige, leistbare Wohnungen und die Wiederbelebung des sozialen Wohnbaus ein, zeigt Engagement für angemessene Finanzierung und Personalaufstockung im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich, fordert Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Linz hat`s, der Nationalrat braucht`s!

Wie wichtig eine echte linke Opposition in einer parlamentarischen Vertretung ist, sieht man am Linzer Gemeinderat. Seit acht Jahren ist die KPÖ dort mit einem Mandat vertreten.

Der Sparkurs hat Linz fest im Griff. Personalabbau in der Verwaltung und die Schließung von Bibliotheks Zweigstellen, Seniorentreffs und Jugendzentren sind die Folgen einer Kürzungspolitik auf Kosten aller. Eine Stadt, die lange

Zeit ein vielfältiges Angebot für viele bot, wandelt sich zu ihren Ungunsten. Gerade in einer krisenhaften Zeit, in der sich viele Menschen Sorgen um ihre Zukunft machen, ist es jedoch wichtig das soziale Netz zu stärken.

So setzen wir uns ein für leistbare Mieten, für eine Energiegrundsicherung und die Freifahrt auf allen Linzer Linien. Klar ist, wir können mit einem Sitz keine Bäume ausreißen, aber vieles zur Sprache bringen, was sonst ungesagt bliebe. Damit der Gemeinderat weiß, was draußen los ist.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Wohnen darf nicht arm machen

Das Thema Wohnen brennt vielen unter den Fingernägeln. In Linz wird viel gebaut. Nicht jedes Bauvorhaben ist jedoch unumstritten.



Seit Anfang Mai sammelt die KPÖ Unterschriften für die parlamentarische Petition „Wohnen darf nicht arm machen!“ Im Bild: Pressekonferenz zum Start der Aktion in Graz.

Denn oft steht nicht die Schaffung von günstigen Wohnraum, sondern die Gewinnmaximierung privater Investoren im Vordergrund. Bürotürme, teure Eigentumswohnungen und Tiefgaragen beeinträchtigen die Wohnqualität der angestammten BewohnerInnen.

Verdrängung aus der Altstadt

Besonders die begehrten Innenstadtlagen sind betroffen. Steigende Mieten verdrängen einkommensschwächere MieterInnen. Das ist etwa bei der Gentrifizierung in Alt-Urfahr und der Altstadt zu beobachten.

Umso wichtiger ist es, dass die Stadt selbst im Wohnbau aktiv wird. Denn wo ein hoher Anteil an öffentlichen Wohnbau vorhanden ist, sind die Mieten niedriger. Die Stadt Linz hat schon in den 1980er Jahren den kommunalen Wohnbau an die GWG übertragen. 2016 wurde der endgültige Schlussstrich gezogen.

Verkauf an GWG

SPÖ, FPÖ und Grüne beschlossen den Verkauf von 3.600 Stadtwohnungen zwecks Haushaltssanierung an die GWG. Die Stadt hat sich damit ihrer direkten Verantwortung entledigt und die Kontrolle an den durch die Fraktionen besetzten Aufsichtsrat delegiert.

Wie die GWG agiert, zeigte sich, als die Pläne für die Wohnanlage Wimhölzel-Hinterland bekannt wurden. Der angekündigte Abriss und Neubau von acht Wohnhäusern mit 400 Wohnungen sorgte für großen Missmut. Höhere Mieten in den Neubauten, der drohende Verlust des Wohnumfeldes und die autoritäre Vorgehensweise sorgten für Widerstand der MieterInnen.

Zurück an den Start

Die GWG hatte zudem verabsäumt den Aufsichtsrat im Voraus über ihr Vorhaben zu informieren. Der Gemeinderat schickte das Projekt zurück an den Start.

Die KPÖ sieht sich in ihrer Kritik bestätigt und fordert die Rekommunalisierung des Linzer Wohnbaus. Eine der vier Forderungen der Petition „Wohnen darf nicht arm machen“.

Wir fordern:

- + Einheitliche, niedrige Mietobergrenzen
- + Abschaffung der Maklergebühren für MieterInnen
- + Keine Privatisierung öffentlichen Wohnraums
- + Ausbau des öffentlichen Wohnbaus

Wahlen kosten Geld

KPÖ PLUS, die linke Alternative gegen den rechten Zeitgeist bei der Nationalratswahl 2017 kann auch finanziell unterstützt werden. Konto KPÖPlus - Wahl 2017, IBAN: AT04 1400 0197 1000 9182, BIC: BAWAATWW, Verwendungszweck: Wahlfonds. **Vielen Dank!**

Splitter aus dem Gemeinderat

Beitrag zum Gedenkjahr

Bei Stimmenthaltung der FPÖ wurde am 29.6. vom Gemeinderat der KPÖ-Antrag für die Pflege antifaschistischer Gedenkstätten in Linz beschlossen. Das ist ein aktiver Beitrag zum Gedenkjahr 2018 (80 Jahre Annexion durch Nazi-Deutschland, 100 Jahre Gründung der Republik).

Steuergeld für die „Krone“

Auch 2017 kassiert die „Krone“ wieder eine satte Subvention für ihr „Krone-Fest“: 74.200 Euro Förderung aus Steuergeld beschloss der Gemeinderat am 29.6. bei Enthaltung der Grünen und Gegenstimmen von NEOS und KPÖ.

Privileg für E-Auto-Besitzer

Nicht für die Luftqualität, sondern für die Benutzung des öffentlichen Raumes wird die Parkgebühr eingehoben. Unverständlich ist daher die von SPÖ, FPÖ, ÖVP und den beiden NEOS-Männern am 18.5. beschlossene Gebührenbefreiung von Elektroautos. Gemeinderätin Grün: „Das betrifft eine Gruppe, die sich auch die Gebühr leisten kann“.

„Oberwirt“ steht weiter leer

Mit einer Anfrage am 6.4. thematisierte die KPÖ den Leerstand des von der Stadt 1999 angekauften Traditionswirtshauses „Oberwirt“ in Sankt Magdalena nach Kündigung des Pachtvertrages. Laut Anfragebeantwortung durch Finanzreferent VBgm. Forsterleitner wurde die Verpachtung neu ausgeschrieben, bis dato hat sich aber kein neuer Pächter gefunden, der Pachtverlust wird fortgesetzt.

Protest zeigt Wirkung

Dass sich Widerstand lohnt, kann man am Einsatz der KPÖ für den Erhalt des Linzer Aktivpasses sehen.

Viele LinzerInnen wurden durch die Aktion „Aktivpass bleib wie du bist“ auf das Vorhaben der rot-blauen Koalition zur Verschlechterung des Aktivpasses aufmerksam. Seit Jahren ist die FPÖ bestrebt, den Aktivpass auf wenige einzuschränken. Im rot-blauen Koalitionsabkommen ist die Festsetzung des Haushaltseinkommen als Grundlage für den Anspruch festgeschrieben. Damit würden schlagartig viele der

rund 42.000 AktivpassnutzerInnen den Aktivpass verlieren. Ein entsprechender Antrag der FPÖ liegt nun schon über ein Jahr unbehandelt im Sozialausschuss. Offensichtlich zeigt der Protest gegen die Verschlechterung Wirkung. Wir bleiben dran, denn der Aktivpass ist eine wichtige Sozialleistung der Stadt, die besonders Frauen mit geringem Einkommen zugute kommt.



Die KPÖ-Kampagne „Aktivpass: Bleib wie du bist!“ konnte bislang die Verschlechterung des Aktivpasses verhindern.

Großzügig gegenüber der Wirtschaft

Ein Kontrollamtsbericht im Februar 2017 brachte es ins Rollen: Beim Magistrat waren im November 2016 hunderte Verfahren unerledigt, der Stadt gingen Einnahmen aus Verwaltungsstrafen in Millionenhöhe verloren.

Den vier Stadtsenatsparteien sowie den NEOS war der Bericht bekannt, der KPÖ werden Kontrollberichte nach wie vor

verweigert. Statt sofort Alarm zu schlagen kehrte man den Skandal unter die Decke, bis im Mai eine Anzeige bei der Finanzpolizei erfolgte.

Die KPÖ sieht eine Ursache in einem – übrigens seit langen bekannten – Personalmangel im Geschäftsbereich „Abgaben und Steuern“ infolge der restriktiven Magistratsreform.

Es drängt sich aber auch der Verdacht auf, dass man um gute Stimmung gegenüber der Wirtschaft zu machen, solche Verwaltungsstrafen verfallen lässt. Das

Finanzministerium spricht nämlich von einer „systemischen Vorgangsweise“ im Magistrat Linz.

Aus der Sicht ehrlicher SteuerzahlerInnen kann aber nicht akzeptiert werden, dass es laut Kontrollbericht „regelmäßig zu Verjährungen von Geschäftsfällen im durchaus beträchtlichem Ausmaß“ kommt.

Konkret geht es dabei um Verwaltungsstrafen bei Sozial- und Lohndumping vor allem im Baugewerbe und der Gastronomie.

Aktuell, Nummer 5, September 2017

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKLATZL, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder, KPÖ PLUS.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Wohnen: Liste Folder **NR-Wahl:** Folder Wahlzeitung Programm

Folder: Aktivpass KPÖ im Gemeinderat Energiegrundsicherung

Broschüre: Verstaatlichte Frauenwiderstand Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar: Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Café KPÖ

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz